



Zwei Kreuze für die Bürgerpflicht

Eine qualitative Studie über die Motivationen zur Wahl und Nichtwahl bei der Bundestagswahl 2017

Jochen Roose

- › Nichtwähler sind nur zum Teil frustriert oder entfremdet vom politischen System. Zum Teil haben aber auch Wähler sehr wenig Vertrauen in das politische System.
- › Die Menschen in Deutschland fühlen sich in hohem Maße verpflichtet, an der Bundestagswahl teilzunehmen. Dies gilt oftmals auch für Nichtwähler.
- › Zur Wahlteilnahme motivieren neben dem Verpflichtungsgefühl der Wunsch, Politik zu beeinflussen, und die Aussicht, mitreden und sich beschweren zu können.
- › Die Aussichten der AfD, in den Bundestag einzuziehen, haben sowohl AfD-Anhänger als auch AfD-Gegner zur Wahlteilnahme mobilisiert.
- › Die Wahl an der Urne wird zum Teil als wichtiges und würdevolles Ereignis oder als soziales Ereignis geschätzt. Die Briefwahl wird insbesondere gewählt, weil sie praktisch oder wegen einer Abwesenheit nötig ist.
- › Einzelne, besonders misstrauische Wähler entscheiden sich zwischen Brief- oder Urnenwahl nach der Frage, wie sie die Kontrolle über ihre abgegebene Stimme erhöhen.

Inhaltsverzeichnis

Wahlbeteiligung.....	2
Methode der Befragung.....	4
Politik beeinflussen durch die Wahl.....	4
Die Entscheidung zur Wahl.....	5
Die Entscheidung gegen die Wahl.....	7
Wählen als Erlebnis.....	9
Wahltag 18 Uhr.....	11
Gute und schlechte Demokraten?.....	12
Literatur.....	13
Impressum	15

Bei der Bundestagswahl 2017 ist die Wahlbeteiligung deutlich gestiegen. Während 2009 und 2013 die Wahlbeteiligung mit 70,8 Prozent bzw. 71,5 Prozent auf einem historisch niedrigen Niveau angekommen war, gab es bei der Wahl 2017 mit einer Beteiligung von 76,2 Prozent einen deutlichen Zuwachs. Parallel mit diesem gestiegenen Interesse an der Wahl ist mit der AfD eine rechtspopulistische Partei zunächst in Landesparlamente und nun erstmalig in den Bundestag eingezogen. Die AfD als neue Vertretung vormaliger Nichtwähler zu sehen, ist aber nur ein Teil des Bildes.

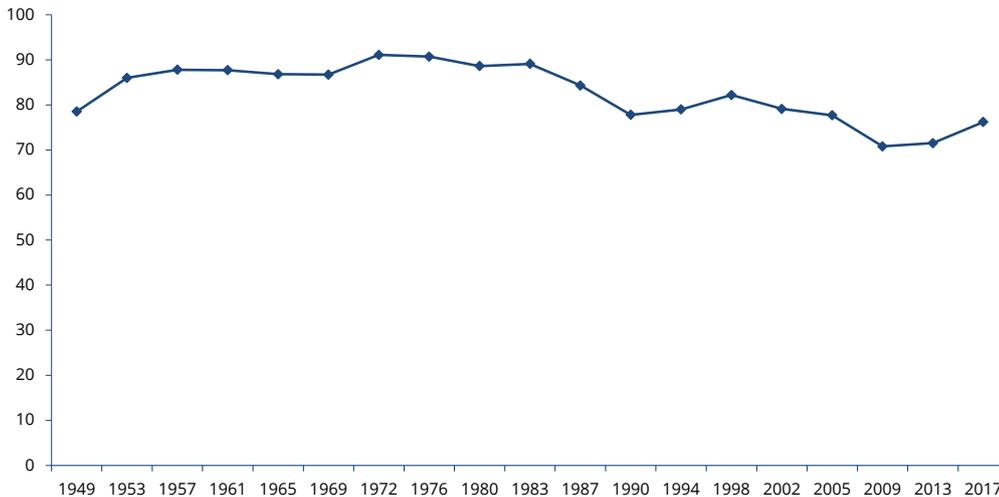
In rund einstündigen Gesprächen (qualitativen Interviews) mit Wahlberechtigten in Deutschland kurz nach der Bundestagswahl 2017 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage nachgegangen, was Menschen motiviert, zu wählen oder nicht zu wählen, und wie sie die Wahl erlebt haben. Dabei wird deutlich, warum sie sich für eine Wahlteilnahme oder die Nichtwahl entscheiden und welche Rolle Parteien, Personen und Inhalte in diesem Zusammenhang spielen. Vorliegende Studien, die auf standardisierten Befragungen beruhen und damit die Motivationen und Sichtweisen der Wähler und Nichtwähler nur in kleineren Ausschnitten erfassen konnten, werden ergänzt durch diese Untersuchung, die keine repräsentativen Ergebnisse bietet, aber mit qualitativen Interviews den Überlegungen der Wahlberechtigten detaillierter und ausführlicher nachgehen kann.

Wahlbeteiligung

1972 ist die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl auf den bislang höchsten Wert von 91,1 Prozent gestiegen. Mehr als neun von zehn Menschen wollten bei dieser Wahl ihre Stimme abgeben. 37 Jahre später, 2009, sind es nur noch sieben von zehn Menschen, die sich an der Bundestagswahl beteiligen. Dazwischen liegt eine Phase, in der bei den meisten Wahlen die Beteiligung zurückgegangen ist. Nach der Wiedervereinigung stieg die Beteiligung zunächst bis 1998 an, doch in den folgenden zehn Jahren nahmen wieder bei jeder Wahl weniger Menschen an den Bundestagswahlen teil. Nach dem Tiefststand von 70,8 Prozent 2009 und einem fast gleichen Wert für 2013 mit 71,5 Prozent geht die Wahlbeteiligung 2017 wieder nach oben auf 76,2 Prozent. Dieser Anstieg ist bemerkenswert, wenn auch das Niveau von 2005 und den Jahren davor nicht wieder erreicht ist. Auch muss offen bleiben, ob es sich um eine kurzfristige Ausnahme oder eine Trendumkehr handelt.

Wahlbeteiligung
nach Rückgang
zuletzt gestiegen

Abbildung 1:
Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland
1949–2017



Quelle: Bundeswahlleiter / Statistisches Bundesamt

Die Wahlbeteiligung und insbesondere die Wahlenthaltung waren Gegenstand verschiedener Studien (als Übersichten Neu 2012, Caballero 2014, Schäfer 2015: 91ff.). Zur Erklärung der Beteiligung an einer Wahl wurde eine ganze Reihe von Aspekten vorgeschlagen und in standardisierten Studien geprüft. Die Aussicht auf eine persönliche Beeinflussung des Ergebnisses (vielleicht aufgrund einer falschen Unterstellung) ist nur ein Aspekt (Bohne 2010). Verschiedene Studien belegen, dass eine gefühlte Verpflichtung zur Wahlteilnahme ein wichtiger Einfluss auf die Beteiligung ist.¹ Politisches Interesse, die Identifikation mit einer Partei und der generelle Wille, diese Partei unterstützen zu wollen, motivieren ebenfalls zur Wahlteilnahme. Schließlich können bestimmte Themen und Personen zur Stimmabgabe motivieren. Insbesondere die Kombination dieser Einstellungen macht eine Wahlteilnahme wahrscheinlich.

Eine gefühlte Verpflichtung führt zur Wahlteilnahme.

Der Rückgang der Parteiidentifikation und des Gefühls der Verpflichtung zum Wählen generell kann die sinkende Wahlbeteiligung mit erklären (Hoffmann-Jaberg/Roth 1994). Allerdings geht die Nichtwahl auf ganz unterschiedliche Motivlagen zurück, bei denen die genannten Einstellungen eine Rolle spielen, aber nicht allein ausschlaggebend sind. Wählen kann durch praktische Schwierigkeiten und äußere Umstände verhindert werden, einem Mangel an attraktiven Parteien, aber auch durch Unzufriedenheit mit den zur Wahl stehenden Parteien oder auch der Demokratie insgesamt.²

Während mit den vorliegenden Ergebnissen wichtige Einflüsse auf die Entscheidung zur Wahlteilnahme oder Nichtteilnahme identifiziert sind, bleibt in standardisierten Umfragen unklar, was genau die Menschen zu ihrer Entscheidung geführt hat. Die vordefinierten Fragen erlauben keine eigenen Akzentsetzungen oder Ergänzungen der Befragten. Ist beispielsweise die Norm, wählen zu gehen, ein feststehender Grundsatz oder eine vage Tendenz, die bei einer entsprechend gestellten Frage angegeben wird, aber sonst den Menschen nicht in den Sinn kommt? Und gibt es weitere, bisher nicht vermutete Einflüsse auf die Entscheidung, an einer Wahl teilzunehmen?

Weiterhin wirft die gestiegene Wahlbeteiligung die Frage auf, warum 2017 wieder mehr Menschen bei der Bundestagswahl ihre Stimme abgegeben haben, während in den zwei Jahrzehnten davor die Beteiligung rückläufig war.

Schließlich verdient die Motivation zur Nichtwahl besondere Aufmerksamkeit. Ist eine abnehmende Wahlbeteiligung ein Zeichen von Unzufriedenheit mit den Parteien, mit der Demokratie insgesamt, oder im Gegenteil, ein Zeichen der Zufriedenheit mit der Politik, die kein Eingreifen erfordert? Die normative Bewertung und Überlegungen zur Ansprache insbesondere von Nichtwählern sind von den Antworten auf diese Fragen abhängig.

Methode der Befragung

Die Erforschung von Wahlteilnahme und Nichtwahl mit standardisierten Umfragen hat mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen sind Angaben in standardisierten Umfragen immer grob und ohne Kontext. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten erlauben eine große Zahl von Interviews und damit repräsentative Ergebnisse, verhindern aber eine detaillierte Betrachtung der verschiedenen Motive in ihrem jeweiligen Zusammenspiel und der individuellen Interpretation durch die Befragten. Hier hat eine qualitative Befragung Vorteile, denn die Befragten haben in einem Gespräch Gelegenheit, ihre eigene Sicht der Dinge im Detail zu erläutern.

Zum anderen tendieren Befragte in standardisierten Befragungen dazu, eine Wahlteilnahme anzugeben, selbst wenn sie tatsächlich nicht gewählt haben.³ Dies geht auf Erinnerungslücken zurück, aber auch auf die soziale Erwünschtheit der Teilnahme an einer Wahl. Ein längerer Zeitraum zwischen der Wahl und der Umfrage vergrößert das Problem.⁴ Eine qualitative Befragung, die kurz nach der Bundestagswahl stattfindet und detailliert den Prozess der Entscheidungsfindung bis hin zum Ereignis der Stimmabgabe beschreiben lässt, dürfte in sehr geringem Maße falsche Angaben zur Wahl oder Nichtwahl enthalten.

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl am 27. September 2017 wurden 70 Personen in Deutschland in einstündigen Gesprächen zu ihrer Sicht auf Wählen allgemein, die Bundestagswahl und die zur Wahl stehenden Parteien sowie zu ihrem persönlichen Erlebnis der Stimmabgabe und der Ergebnisveröffentlichung befragt.⁵ Ziel der Interviews war eine detaillierte Beschreibung, wie die Befragten sich während der Wahlkampfzeit eine Meinung bilden und daraus Schlüsse ziehen für die Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Wahl. Für die Interviews wurden die Personen so ausgewählt, dass sie in ihrer Wahlentscheidung (gewählte Partei bzw. Nichtwahl) dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 ungefähr entsprechen und über Geschlecht sowie Alters- und Bildungsgruppen gestreut sind.⁶ Dennoch kann diese Auswahl keine Repräsentativität für die wahlberechtigte Bevölkerung beanspruchen.

Untersuchung von
Nichtwahl ist in stan-
dardisierten Umfra-
gen schwierig.

Politik beeinflussen durch die Wahl

Der offensichtlichste Grund, an einer Bundestagswahl teilzunehmen, ist der Wille, die Zusammensetzung des zukünftigen Bundestages zu beeinflussen. Was auf den ersten Blick offensichtlich erscheint, erweist sich bei näherem Hinsehen für den Einzelnen als nur eingeschränkt richtig. Die Wahrscheinlichkeit mit der eigenen Stimme für eine andere Verteilung der Mandate zu sorgen und so die Wahl in ihrem Ergebnis zu beeinflussen, ist verschwindend gering. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird von einer einzelnen Stimme nicht die Sitzverteilung abhängen. In dieser Perspektive macht es kaum Sinn, einen Aufwand zu betreiben und seine Stimme abzugeben. Da andererseits das Wahlergebnis und damit die Mandatsverteilung das direkte Resultat aller abgegebenen Stimmen zusammen ist und entsprechend alle Stimmen zusammen der einzige Einfluss auf das Wahlergebnis sind, ergibt sich für den einzelnen Wähler eine sehr zwiespältige Situation: Er kann sich als ausschlaggebend für das Wahlergebnis und als irrelevant wahrnehmen, und beides ist auf seine Weise richtig.

Viele sind überzeugt,
ihre Stimme habe
Einfluss.

Unter den Einschätzungen der befragten Wahlberechtigten finden sich beide Varianten. Zunächst einmal gibt es eine verbreitete Wahrnehmung, dass jede und jeder Einzelne durch die Teilnahme an der Wahl Einfluss auf die Politik hat. Auf die Frage, ob sie persönlich Einfluss auf die Politik habe, antwortet eine Befragte: „Ja, indem ich wählen gehe. Das ist ein ganz klarer Punkt.“ Ein anderer Befragter nennt die Wahl „die einzig richtige Einflussnahme, die man hat“. Ein anderer sagt, er gehe selbstverständlich immer wählen, „weil meine Stimme zählt“. Und ein weiterer Befragter sagt: „Ja, natürlich hat man mit Wählen einen Einfluss.“

Überraschend an dieser Zusammenstellung ist weniger die Tatsache, dass Menschen von einem Einfluss ihrer Stimme auf die Wahl ausgehen. Überraschend ist vielmehr, dass die zuerst zitierten Befragten tatsächlich wählen gegangen sind, während der letzte zitierte Befragte sich entschlossen hat, der Wahl fernzubleiben.

Andere Befragte sehen den Einfluss der Wählerstimme deutlich kritischer. So antwortet eine Befragte auf die Frage, ob sie Einfluss auf die Politik habe: „Ganz ehrlich: Nein.“ Eine Befragte reagiert auf dieselbe Frage so: „Ich? Wie soll ich das machen? Überhaupt nicht.“ Ein Befragter sagt: „Man kann zwei Kreuze machen. (...) Und dann hofft man, dass es besser wird.“ Auf die Frage, ob er noch Hoffnung auf Besserung habe, kommt die kurze Antwort: „Nein“. All diese zitierten Befragten und eine ganze Reihe weiterer mit ähnlichen Aussagen, sind dennoch zur Wahl gegangen. Bei anderen, die nicht gewählt haben, klingen die Einschätzungen zu ihrem Einfluss auf Politik ganz ähnlich: „Ich persönlich glaube da einfach nicht dran.“ Ein anderer Nichtwähler kommt zu demselben Schluss und informiert die Interviewerin gleich mit: „Ich [habe] auf das, was da geschieht, null Einfluss. (...) Sie auch nicht.“

Der Eindruck, mit der eigenen Stimme zumindest einen kleinen Einfluss auf das Wahlergebnis und damit die Politik zu haben, ist sehr verbreitet. Viele sehen zwar durchaus, dass ihre Stimme nur eine unter sehr vielen ist, aber dennoch kommen sie zu dem Schluss, mit der Stimmabgabe einen Einfluss auszuüben. Andere sind der Ansicht, ihre einzelne Stimme sei unerheblich für den Wahlausgang und erst recht für die Politik, die am Ende umgesetzt wird. Interessanterweise ist aber die Entscheidung, wählen zu gehen, von dieser Einschätzung praktisch unabhängig. Natürlich gibt es einen erheblichen Teil von Befragten, die gewählt haben und von einem Einfluss ihrer Stimme ausgehen. Wir finden unter den Befragten aber genauso Nichtwähler, die von einem Einfluss der einzelnen Stimme ausgehen, und Wähler, die überzeugt sind, ihre Stimme sei wirkungslos. Auch wenn bei nur 70 Befragten eine quantitative Auswertung nicht sehr aussagekräftig ist, so bleibt doch der Eindruck, dass es keinen klaren Zusammenhang gibt zwischen der Wahlteilnahme und der Ansicht über den Einfluss der eigenen Stimme.

Die Entscheidung zur Wahl

Eine gefühlte Verpflichtung, wählen gehen zu müssen, ist ausgesprochen weit verbreitet. Auf die Frage, wann sie sich zum Wählen entschieden habe, antwortet eine Befragte beispielsweise: „Das stand für mich nie in Zweifel.“ Für eine andere war es „immer klar“, ein anderer sagt dazu: „keine Diskussion“.

Vielfach braucht diese Verpflichtung keine Begründung. „Da brauche ich mich nicht zu entscheiden, da gehe ich immer hin.“ Eine Befragte erläutert, dass ihrer Meinung nach die Stimmabgabe keinen Unterschied mache, aber wählen geht sie trotzdem, „weil ich so erzogen worden bin, muss ich jetzt ehrlich sagen“. „Weil sich das gehört“, sagt eine andere. Selbst ein Nichtwähler, der sich bewusst gegen die Abgabe seiner Stimme entschieden hat, betont: „Ich finde es [das Wählen] auch irgendwo wichtig.“ Die Stärke der Wahlnorm ist geradezu

Der Glaube an Einfluss
führt nicht unbedingt
zur Wahlteilnahme.

Andere halten ihre
Stimmabgabe für
bedeutungslos.

Menschen gehen
wählen, ohne an
einen Einfluss ihrer
Stimme zu glauben.

Viele fühlen sich ver-
pflichtet zu wählen.

erstaunlich. Bei zahlreichen Befragten ist die Norm tief verwurzelt und so selbstverständlich, dass es keiner weiteren Begründung bedarf.

Eine ganze Reihe der Befragten begründen dagegen ihre Bindung an die Wahlnorm explizit. „Ich empfinde das nicht nur als ein Grundrecht, ich empfinde das auch als eine Grundpflicht.“ Wählen wird dabei als Privileg verstanden, das sie nicht leichtfertig ausschlagen wollen. „Es gibt Länder, da darf man nicht wählen, und es ist hart erkämpft worden hier in Deutschland. (...) Von seinen Rechten sollte man Gebrauch machen.“ Während für diese westdeutsche Befragte das erkämpfte Wahlrecht ein abstraktes, historisches Ereignis ist, hat ein ostdeutscher Befragter konkrete Erinnerungen: „Dafür sind wir auf die Straße gegangen (...) und haben demonstriert, dass wir wählen dürfen.“ Wahlrecht als Privileg zu verstehen, klingt zunächst nach einer positiven Deutung der Demokratie. Allerdings ist eine solche Verbindung nicht die einzige Möglichkeit. Eine Befragte sieht das Wahlprivileg als demokratischen Restbestand in einem System, das sie insgesamt ablehnt: „Wenn ich das Recht habe, heutzutage hier wenigstens noch wählen gehen zu dürfen, dann will ich das wenigstens noch machen.“

An der Wahl teilnehmen, um teilgenommen zu haben, ist eine wichtige Begründung. Erst durch das Wählen habe man ein Recht erworben, sich über Politik zu beschweren und mitzureden. Ein Befragter beschreibt den Effekt des Wählens: „Ich (...) autorisiere [mich], danach auch entsprechend was gut oder schlecht zu finden.“ Ein anderer meint: „Wenn ich nicht wählen gegangen wäre, dürfte ich mich nachher nicht beschweren. (...) Ich will mich aber beschweren.“ So wird die Wahl zur Lizenz für die politische Debatte. Auch eine Nichtwählerin stellt diesen Zusammenhang her: „Wer nicht wählt, der kann sich nachher dann auch nicht drüber aufregen.“

Inhalte sind nicht nur für die Auswahl einer Partei wichtig, sondern beeinflussen auch die Entscheidung, überhaupt an der Wahl teilzunehmen. Im allgemeinsten Sinne reflektieren zahlreiche Befragte den Effekt einer Stimmenthaltung. „Mein Lehrer hat immer gesagt: Wer nicht wählt, wählt auch.“ Diese verkürzte Formulierung soll deutlich machen, dass in jedem Fall ein Wahlergebnis entsteht und die Kräfteverhältnisse für eine Legislaturperiode bestimmt werden. Allerdings führt diese kondensierte Erklärung scheinbar zu manchen Missverständnissen. „Wenn (...) ich [kein Kreuz] setze (...), kriegt irgendjemand anderes die Stimme oder [die] fällt einfach weg. Ich weiß gar nicht, wie das genau abläuft nochmal. Aber ich war der Meinung, dass dann die Stimme die größere Partei bekommt. Kann auch sein, ich irre mich. Aber auf jeden Fall wollte ich meine Stimme nicht vergeuden.“

Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen gab es bei der Bundestagswahl 2017 mit dem Thema Flüchtlinge eine inhaltliche Frage, die für einige Wähler nicht nur die Auswahl unter den Parteien bestimmt hat, sondern ausschlaggebend war, überhaupt an der Wahl teilzunehmen. So beschreibt eine Befragte, wie sehr sich nach ihrer Wahrnehmung die Situation im Land verschlechtert habe und meint als Konsequenz: „Es gab auch schon mal, wo ich nicht gewählt hab. Dieses Jahr habe ich gedacht, auf jeden Fall wähle ich.“ Ein anderer versteht sich eigentlich als Nichtwähler: „Weil es mich gar nicht interessiert hat, weil, wie gesagt, (...) die machen doch sowieso das, was sie wollen.“ Als ihm ein Freund erzählt, die nicht abgegebenen Stimmen würden der größten Partei zugeschlagen, glaubt er das zwar nicht, geht aber zur Sicherheit doch lieber wählen. Nach 2015 lehnt er die CDU ab und kommt entsprechend zu dem Schluss, „bevor [die Stimme] an die CDU geht, gehe ich lieber wählen“. Die Wahrnehmung einer deutlichen Verschlechterung durch die Flüchtlingsmigration bringt diese Menschen, zum Teil auch nach einer Zeit der Wahlabstinenz, wieder an die Urne, dann mit einer Stimme für die AfD.

Manche meinen, erst durch die Wahlteilnahme hätten sie das Recht, sich zu beschweren.

Das Thema Flüchtlinge mobilisierte Wähler.

Demgegenüber stehen andere Wähler, die insbesondere die erwarteten Zuwächse einer rechtspopulistischen Kraft zur Wahl motiviert haben. „Gewählt habe ich eigentlich auch nur, damit die AfD wieder ein bisschen Gegenstimmen hat, ehrlich gesagt“, erläutert eine Befragte ihre Entscheidung. Die Auswahl aus dem übrigen Parteienspektrum hat für sie dann eine untergeordnete Bedeutung. Eine andere meint: „Das ist... diese ganze AfD (...), da muss man halt eben ... wenn man das nicht will, und dann muss man halt was tun.“ Die Aussicht eines Einzugs der AfD in den deutschen Bundestag wurde zur ausschlaggebenden Motivation, an der Wahl teilzunehmen und die Stimme einer anderen Partei zu geben. Von den Befragten mit dieser Motivation wurden dann unterschiedlichste Parteien gewählt, die CDU, die SPD, die FDP und die Linke. In den Darstellungen zeigt sich aber, dass die Auswahl der konkreten Partei nachrangig ist, es geht um eine Stimme gegen die AfD.

Der bevorstehende Einzug der AfD in den Bundestag mobilisierte Wähler gegen die AfD.

Die Polarisierung des politischen Spektrums infolge der Fragen zu Migration und Umgang mit Flüchtlingen scheint in der Tat einen Beitrag zur höheren Wahlbeteiligung zu leisten. Allerdings motiviert diese Polarisierung eben nicht nur vormalige Nichtwähler, die AfD zu wählen, weil es ein neues politisches Angebot zu Positionen gibt, die bislang nicht im Spektrum der großen Parteien vertreten waren. Die Aussicht einer rechtspopulistischen Kraft im Bundestag hat auch andersherum Menschen motiviert, gegen die AfD zu stimmen und anderen Parteien ihre Stimme zu geben. Die Wählerwanderungsanalyse zur Bundestagswahl 2017 bestätigt diesen Eindruck mit repräsentativen Daten. Nicht nur die AfD, sondern alle Parteien haben im Saldo aus dem Nichtwählerlager hinzugewonnen (Infratest dimap 2017: 71). Die Mobilisierungen für und gegen die AfD haben zur Erhöhung der Wahlbeteiligung vermutlich wesentlich beigetragen.

Die Entscheidung gegen die Wahl

Der großen Mehrheit von Wählern, die auf unterschiedliche Weise zur Wahl motiviert wurden, steht eine Minderheit von Nichtwählern gegenüber. Es sind ganz unterschiedliche Gründe, die Menschen dazu bringen, auf ihre Stimmabgabe zu verzichten.

Zunächst ist zu bedenken, dass die Wählerlisten, auf denen die Berechnung der Wahlbeteiligung beruht, niemals vollständig korrekt sein können. Fehler in Einwohnermeldedaten oder Sterbefälle zwischen der Erstellung der Wahllisten und der Wahl führen zu Abweichungen zwischen den tatsächlich Wahlberechtigten und den Wahllisten. Hinzu kommen kurzfristige Reisen oder Erkrankungen. Eilfort (2001: 22) geht beispielsweise davon aus, dass der erreichbare Höchstwert einer Wahlbeteiligung nicht bei 100 Prozent, sondern bei 95 Prozent liegt. Eine Befragte illustriert diese Konstellation. Sie berichtet, wie ein Krankheitsfall sie abgehalten hat: „Ganz unglücklich, meine Mutter ist am Abend vorher ins Krankenhaus gekommen mit einer sehr unschönen Sache und dann bin ich nachts gefahren.“ Dabei hat für sie Wählen eine hohe Priorität und sie bedauert, nicht gewählt zu haben. „Das war wirklich das erste Mal, dass ich nicht gewählt habe, und ich bin sehr ... Nein, ich bin nicht traurig. Nein, das war schon alles richtig. Ich musste hin.“

Zu dieser eigentlich überzeugten und engagierten Wählerin kommen weitere hinzu, die geringeres Interesse haben und aus subjektiver Sicht aufgrund widriger Umstände nicht wählen konnten. So berichtet ein Nichtwähler: „Ich war unterwegs. (...) Ich habe das überhaupt nicht geschafft.“ Die Möglichkeit einer Briefwahl war ihm nicht klar, deshalb war es aus seiner Sicht schlicht nicht möglich, an der Wahl teilzunehmen. Erst später hörte er von der Möglichkeit, sich mit der Briefwahl von den Öffnungszeiten der Wahllokale unabhängig zu machen. „Das wusste ich nicht. Ist gut für die Zukunft, dass man von vornherein schon wählen kann.“ Eine andere Nichtwählerin berichtet, sie habe die Wahlkarte verloren. „Und

Wähler können durch praktische Schwierigkeiten verhindert sein.

dann sagt mein Freund noch, kannst ja ... Du kannst ja schon ins Wahlbüro gehen ... ins Wahllokal und denen das sagen mit Perso Ausweis. Und ja, und irgendwie wusste ich noch nicht mal, wo bei uns das Wahllokal ist.“ Letztlich führt auch bei ihr eine Mischung aus ungünstigen Umständen, Desinteresse und Informationsmangel dazu, dass sie der Wahl fernbleibt.

Bemerkenswert ist an diesen Befragten, dass sie zwar nicht an der Bundestagswahl teilgenommen haben, aber dennoch durchaus grundsätzlich bereit waren zu wählen. Sie sind also nicht in einer bestimmten Weise motiviert, der Wahl fernzubleiben, sondern es sind die Umstände. Gerade bei wenig Interessierten und schlecht Informierten sind die Gründe vielleicht tatsächlich leicht überwindbar, beispielsweise durch eine Briefwahl oder die Wahl ohne Wahlbenachrichtigungskarte. Aus Sicht der Personen selbst ist aber die Wahlteilnahme nicht möglich. So kommt es trotz der grundsätzlichen Absicht zu wählen und der generellen Einstellung, Wahlteilnahme sei wichtig, zur Nichtwahl.

Eine Reihe weiterer Nichtwähler begründet ihre Wahlenthaltung inhaltlich. So kann eine generelle Zufriedenheit mit der Situation dazu führen, dass an Politik kein Interesse besteht. „Also, es ist eher ein positives Desinteresse, würde ich sagen.“ Weil kein Bedarf zur Veränderung besteht, gibt es auch keinen Grund zum Wählen. Diese Einstellung ist gewissermaßen das Spiegelbild jener Wähler, die mit ihrer Wahl den Einfluss der Rechtspopulisten verhindern wollen.

Nichtwahl aus zufriedener Desinteresse

Eine explizite Unzufriedenheit kommt ebenfalls als Grund vor, der Wahl fernzubleiben. Diese Unzufriedenheit kann sich auf unterschiedliche Aspekte beziehen. In Bezug auf die politischen Inhalte berichten zwei Befragte, sie fühlten sich nicht angesprochen. „Weil, da ist nichts, was mich mitnimmt“, begründet eine Nichtwählerin ihre Entscheidung. Ein anderer vergleicht es mit einem Kinobesuch: „Könnte heute mal in das Kino gehen, der Film interessiert nicht, der nicht oder ... wenn es den nicht gäbe, müsste ich eigentlich auch nicht rein.“ So ist die Wahlentscheidung abhängig von einem attraktiven Angebot. Bleibt dies aus, ist die Wahl verzichtbar. Ein anderer beschreibt, wie er die politische Debatte und den Wahlkampf bis kurz vor dem Wahltermin verfolgt. „Wenn mir bis dahin nichts gefällt und ich finde nichts, dann sage ich: Nein, dieses Jahr hat sich das erledigt mit der Wahl.“

Nichtwahl, weil es kein passendes Angebot gibt.

Eine Variante dieser Unzufriedenheit mit dem Angebot bezieht sich auf Stammwähler mit einer hohen Parteiidentifikation. So kommt für einen Befragten ohnehin nur eine Option in Frage: „Ich wollte eigentlich SPD wählen. (...) Und dann war es eigentlich so, dass ich dann also wirklich so enttäuscht war von ... von diesem Wahlkampf von Schulz und dann ... dann ... ich wollte den Tag auch noch hingehen, habe mich dann aber kurzfristig entschlossen, es doch nicht zu machen.“ Zwei andere Befragte beschreiben einen ähnlichen Prozess für die Union. „Dieses Nicht-miteinander-klar-kommen von CDU und CSU, was mich sehr ärgert. (...) Sich in der eigenen Partei zu zerreißen, (...) finde ich nicht gut. Deshalb war ich nicht wählen.“ In diesem Fall besteht eigentlich eine große Bereitschaft, die jeweils präferierte Partei zu wählen, und es sind Entwicklungen direkt im Wahlkampf, die als so abstoßend empfunden werden, dass Wahlenthaltung die einzig mögliche Alternative ist.

Nichtwahl, weil die eigentlich präferierte Partei im Wahlkampf nicht überzeugt.

Bei einer weiteren Gruppe von Nichtwählern geht die Enttäuschung über eine Partei hinaus. Sie fühlen sich von den Parteien insgesamt nicht vertreten und wollen diese Unzufriedenheit mit ihrer Stimme deutlich machen. „Ich bin Nichtwähler, ja. Ich habe auch die Schnauze voll, ehrlich gesagt. (...) Das ist eben auch Protest. Je höher die Nichtwähler sind, muss doch mal auffallen, dass ein Viertel der Bevölkerung offensichtlich vielleicht bewusst nicht zur Wahl geht.“ Die Nichtwahl wird als Aussage verstanden. Eine leichte Steigerung dieser kommunizierten Verweigerung ist die Abgabe einer ungültigen Stimme: „Da habe ich meine Stimme ungültig gemacht. (...) Naja, um das zum Ausdruck zu bringen, dass ich nichts wählen möchte. (...) Das ist für mich auch eine Aussage.“

Nichtwahl als Aussage

Diese Menschen sind tief enttäuscht und frustriert von Politik, haben aber gleichzeitig das Bedürfnis, ihre Unzufriedenheit mitzuteilen. Die Wut auf die Politik und Politiker macht sie gewissermaßen zu aktiven Nichtwählern, insbesondere wenn sie zur Wahl gehen und eine ungültige Stimme abgeben. Die ausgeprägte Enttäuschung führt nicht zu einer emotionslosen Abkehr von der Politik. Noch mit der Nichtwahl wird die Vorstellung verbunden, Politikern die Meinung gesagt zu haben.

Die Gründe, nicht zur Wahl zu gehen, sind vielfältig. Das Gesamtbild, das Nichtwähler von ihrer Haltung zu Politik zeichnen, ist sehr unterschiedlich. Abkehr von Politik oder Unzufriedenheit mit Politik oder den Parteien und Politikern kommen dabei durchaus vor, doch auch andere Umstände und Motivationen führen dazu, der Wahl fernzubleiben. Die verschiedenen Entwicklungen hin zu einer Wahlenthaltung machen deutlich, wie unterschiedlich Nichtwähler sind.

Wählen als Erlebnis

Die Teilnahme an einer Bundestagswahl ist auf den ersten Blick eine wenig aufregende Tätigkeit: zwei Kreuze auf einem Zettel. Dieser erste Blick täuscht. Nicht selten wird die Handlung des Wählens als eine bemerkenswerte Tätigkeit erlebt.

„Für mich ist es immer was Besonderes“, sagt ein Wähler. Ein anderer meint: „Das ist ein bisschen aufregend, so ein bisschen mal was anderes.“ Ein Befragter sieht in der Wahlhandlung „etwas Heiliges“. Viele berichten, wie sie den Weg zum Wahllokal, die Stimmung im Wahllokal und die Stimmabgabe als etwas Besonderes erleben, das ihnen ihre eigene Rolle in der Demokratie und ihren Einfluss auf die Geschehnisse der kommenden Jahre vor Augen führt. „Also, da fühle ich mich dann erhaben. Das war ja dann so eine Zeremonie, dass man die Fahne da hat.“ Das Ambiente markiert die Bedeutung der Handlung.

Wahl wird als etwas
Besonderes wahrgenommen.

Das Gefühl, der staatsbürgerlichen Pflicht Genüge getan zu haben, passt zu dieser Wahrnehmung. „Das ist eine Verpflichtung, die ich gerne mache.“ Ein anderer fühlt „so eine Befriedigung: Ja, die Pflicht wurde erfüllt.“ Die oben beschriebene Wahlnorm wird in diesen Emotionen noch einmal sichtbar. Besonders deutlich ist es bei jenen, die nicht wählen gegangen sind, aber sich dennoch der Wahlnorm verbunden fühlen. Zum Gefühl nach der Nichtwahl berichtet einer: „Ich habe gesagt: Scheiße, hätte ich doch vielleicht mal was gewählt und so. Aber das ging nach einem Tag weg.“

Neben der staatsbürgerlichen Dimension wird die Wahl oft auch als ein soziales Ereignis wahrgenommen. „Da sitzen nette Gesichter, die freuen sich auch, wenn jemand vorbeikommt.“ Insbesondere wenn Bekannte im Wahllokal vermutet werden, wird die Stimmabgabe zum Treffen. „Man trifft auch Freunde. (...) Ich finde diese ganze Zeremonie schön. (...) Die ganze Geschichte kann man so ein bisschen feiern.“

Wählen als soziales
Ereignis

Dieser Gruppe, die Wählen als Erlebnis empfindet, vielleicht auch zelebriert, stehen andere gegenüber, die dem Gang in das Wahllokal keine weitere Bedeutung beimessen. Einer bezeichnet es als „eine Aufgabe, die man abgehakt hat“, bei einem anderen Wähler heißt es: „Ich habe einen Termin, den nehme ich wahr.“ Emotionen sind mit dieser Tätigkeit augenscheinlich nicht verbunden. Wählen ist eine gewöhnliche Verrichtung, die erledigt sein will.

Wählen als gewöhnliche
Verrichtung

Von den befragten Wählern in dieser Studie hat sich knapp die Hälfte für eine Briefwahl entschieden. Sie waren also nicht am Wahlsonntag im Wahllokal, sondern haben in der

Regel zu Hause den Stimmzettel ausgefüllt. Bei der Bundestagswahl 2017 lag der Anteil an Briefwählern bei 28,6 Prozent (Quelle: Bundeswahlleiter). Seit 20 Jahren steigt der Anteil an Briefwählern kontinuierlich.

Der häufigste Grund für eine Briefwahl ist Bequemlichkeit. Die Briefwahl wird als angenehmere Lösung empfunden. „Kurze Sache, von zu Hause. Muss nicht anstehen, da extra hinfahren. Finde ich eine absolut bequeme Sache.“ Mehrere berichten von früheren Erlebnissen, als sie länger anstehen mussten, und um das zu vermeiden, nehmen sie die Briefwahl in Anspruch. Die Annehmlichkeit der Briefwahl kann sich auch auf die Atmosphäre des Wahlbüros selbst beziehen. „Da muss ich nicht ins ... ätzende Wahlbüro.“

Briefwahl aus
Bequemlichkeit

Die zweite dominierende Begründung für die Briefwahl sind Reisen am Wahltag. „Ich wusste, ich bin zu dem Zeitpunkt nicht da.“ Andere waren sich mit ihrer Abwesenheit nicht sicher, aber eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass eine Reise anstehen könnte, reicht bereits, um sich für die Briefwahl zu entscheiden. „Gerade für Leute, die nicht so viel Zeit haben, ist es die perfekte Lösung.“ Diese vorbeugende Briefwahl findet sich auch bei Personen, die ohne konkreten Anlass sichergehen wollen, die Wahl nicht zu verpassen. So hat ein Befragter früher einmal eine Wahl verpasst und will nun sicher sein, diesen Fehler nicht noch einmal zu machen. „Weil ich sage, dass mir das Thema Verpassen nicht nochmal passiert.“

Briefwahl wegen
Reisen oder möglichen
Reisen

Eine andere Form der Sicherheit sucht eine AfD-Wählerin mit ihrer Briefwahl. Sie traut der Auszählung im Wahllokal nicht und will mit ihrer Briefwahl verhindern, dass ihre Stimme verändert wird oder die Wahlhelfer die Stimme unter den Tisch fallen lassen. „Meinen Sie, das kriegt einer mit, wenn einer mal einen Zettel wegtut oder sonst wie? Ich ... ich glaube es nicht. Also, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Also, da wird schon viel gedreht und gemacht, oder dann heißt es vielleicht schon von vornherein, schmeiße ... dass die Wahllokale das und das wegschmeißen.“ Eine Grünen-Wählerin entscheidet sich aus dem gleichen Grund gegen eine Briefwahl und für das Wahllokal: „Weil beim Brief weiß man nie, kommt er dann an? Was wird mit dem gemacht? Vielleicht zerreißen die den. Gut, das weiß ich im Wahllokal auch nicht. Aber ich habe doch ein besseres Gefühl.“ Die ausgesprochen misstrauischen Wähler versuchen mit ihrer Entscheidung, eine größere Kontrolle über den Verbleib ihrer Stimme zu erlangen. Ein solches Misstrauen gegen den Auszählungsprozess taucht mehrfach auf, wobei die tatsächliche Verbreitung aufgrund der nicht-repräsentativen Ergebnisse unklar bleibt.

Bedürfnis, die
Stimmabgabe zu
kontrollieren

Die verfügbare Zeit für die Meinungsbildung ist ein weiterer Aspekt, der die Entscheidung zwischen Brief und Urnenwahl beeinflusst. Eine Wählerin will sich ausführlich Zeit nehmen für ihre Entscheidung und deshalb den Stimmzettel zu Hause und in Ruhe ausfüllen. Eine andere entscheidet sich auch aus Zeitgründen für die Stimmabgabe am Wahlsonntag. „Da habe ich ein bisschen mehr Zeit. (...) Weil ich immer denke: Na, vielleicht ist ja doch noch irgendetwas, was jetzt kommt.“

Zeit für die Wahlent-
scheidung

Wahltag 18 Uhr

Am Wahltag um 18 Uhr beginnt mit der Prognose die Medienberichterstattung über den Wahlausgang. Von vielen wird dieser Moment mit großer Spannung erwartet. „Natürlich habe ich dann gleich auch im Smartphone immer geguckt.“ Ein anderer musste im Wahllokal länger anstehen und musste dann „schnell nach Hause, um das Ergebnis anzuschauen mit der Prognose um 18.00 Uhr“. Selbst ein Nichtwähler antwortet auf die Frage, ob ihn das Wahlergebnis interessiere: „Ja, klar!“

Neugier auf
das Ergebnis

Andere nehmen das Ergebnis eher beiläufig wahr. „Ich habe das dann erst am nächsten Tag verfolgt. Wenn es dann alles ein bisschen rum ist.“ Es lässt sich kaum vermeiden, dem Endergebnis zu begegnen. „Das war zwangsläufig, weil das ja immer eingespielt wird.“ Besonderes Interesse hat diese Gruppe an dem Ergebnis aber nicht.

Für Einzelne ist das Ergebnis vollkommen irrelevant. „Hat mich wirklich gar nicht interessiert“, berichtet ein Nichtwähler und ein anderer Nichtwähler meint: „Ich war nicht mehr connected, ich war draußen und habe mich auch nicht mehr auseinandergesetzt mit den Themen, die da besprochen wurden.“

Desinteresse
am Ergebnis

Aufgenommen wird das Wahlergebnis unterschiedlich. Viele berichten, der Wahlausgang sei für sie keine Überraschung gewesen und habe doch weitgehend den Umfrageergebnissen entsprochen. „Das war im Prinzip so das Ergebnis, was ich erwartet habe.“ Entsprechend entstehen keine nennenswerten Emotionen.

Häufiger sind allerdings durchaus emotionale Reaktionen auf das Ergebnis und das in unterschiedlicher Richtung: Enttäuschung über das Abschneiden mancher Parteien oder Freude, die Fünf-Prozent-Hürde genommen zu haben. Ein Nichtwähler sagt: „Ja, es hat mich schon gefreut. Ich weiß ja, dass Merkel von der CDU ist, und das hat mich gefreut, dass sie weiter an der Macht bleibt.“ Vor allem aber wurde das Ergebnis der nicht-gewählten Parteien emotional wahrgenommen. So haben sich schon einige gefreut, dass aus ihrer Sicht die SPD und die CDU deutlich verloren haben. Eine Grünen-Wählerin meint: „Weniger an der Figur von Frau Merkel festgemacht, sondern allgemein CDU dachte ich, das ist ja auch mal, dass die von ihrem Ross da runter und die müssen jetzt ein bisschen gucken.“ „Ich habe mich richtig gefreut, dass die CDU praktisch verloren hat“, kommentiert eine Wählerin der Linkspartei. Bei der SPD ist es eher Mitleid. Ein Nichtwähler kommentiert das Abschneiden so: „Bei der SPD tat es mir halt sehr leid.“ Eine AfD-Wählerin, die früher SPD gewählt hat, meint: „Das fand ich dann schon ein bisschen schade. Für die SPD.“

Emotionale Reaktion
auf das Ergebnis

Die stärksten Emotionen weckt allerdings das Abschneiden der AfD. Ein AfD-Wähler meint zu seinen Gefühlen am Wahlabend: „Super, dass es doch so viele Wähler gab, die die AfD gewählt haben.“ Ein anderer Nichtwähler meint: „Ja, AfD 12,5, ich habe mir einen gefeixt. Ja, hurra, endlich ein Arschtritt.“

Viel häufiger ist allerdings die gegenteilige Reaktion. Ein Wähler fasst seine Gefühle zum Ergebnis der AfD so zusammen: „Scheißergebnis. Es geht nach rechts.“ Ein anderer meint: „Ich war absolut schockiert.“ Ein Nichtwähler berichtet: „Ich habe schon Wut in mir gespürt, muss ich sagen.“ Ein anderer Nichtwähler bereut es nach dem Ergebnis der AfD, seine Stimme nicht abgegeben zu haben.

Die Bundestagswahl ist mit der Stimmabgabe nicht vorbei, sondern viele interessieren sich für das Ergebnis, oft mit großer Neugier. Interessanterweise überschneiden sich auch hier Wähler und Nichtwähler. Manche Wähler sind nur wenig oder nicht am Ergeb-

Auch Nichtwähler am
Ergebnis interessiert

nis interessiert und auch Menschen, die nicht teilgenommen haben, wollen wissen, wie die Wahl ausgegangen ist.

Gute und schlechte Demokraten?

In einer Demokratie ist die Wahl der elementarste Anlass zur Partizipation. Deshalb steht die Wahlbeteiligung unter besonderer Beobachtung. Immer wieder wird Besorgnis über eine zurückgehende Wahlbeteiligung geäußert, oder es gibt Vorschläge, wie mehr Menschen zur Stimmabgabe bewegt werden sollen.⁷ Nach einer längeren Phase des Rückgangs hat bei der Bundestagswahl 2017 die Beteiligung zugenommen, ohne allerdings frühere Höhen zu erreichen. Die vorliegende Studie ist der Motivation zur Teilnahme und zur Nichtteilnahme nachgegangen. Dabei wurde deutlich, wie breit das Spektrum an Motiven ist.

Aus Sicht der normativen Demokratietheorie, die eine intensive Partizipation fordert, sind die Befunde einerseits ermutigend. So ist die Norm, sich an einer Wahl zu beteiligen, tief verwurzelt. Durchweg betonen die Befragten, wie wichtig es aus ihrer Sicht sei, an der Wahl teilzunehmen. Selbst einige Nichtwähler betonen, dass Wählen wichtig ist. Außerdem sind Nichtwähler keineswegs überwiegend frustriert und vom politischen System entfremdet. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, der Wahl fernzubleiben. Beispielsweise sind Menschen kurzfristig verhindert, oder sie sind insgesamt so zufrieden, dass eine Wahl entbehrlich erscheint. Andere sind enttäuscht von dem Wahlkampf jener Partei, der sie sich verbunden fühlen, und bleiben deshalb der Wahl fern. Bei der nächsten Wahl und einem anderen Verlauf des Wahlkampfes dürften sie wieder dabei sein. Zwar sind einige auch tief enttäuscht und entfremdet vom politischen System und wollen deshalb nicht wählen, aber ein nennenswerter Teil der Nichtwähler ist mit dem Funktionieren der Demokratie durchaus einverstanden und bleibt für zukünftige Wahlen erreichbar.

Diesem ermunternden Befund steht ein beunruhigendes Ergebnis gegenüber. Nicht nur ein Teil der Nichtwähler, auch ein Teil der Wähler ist mit dem politischen System nicht einverstanden und unterstützt nicht mehr die Demokratie, wie sie in Deutschland zu finden ist. Dabei handelt es sich fraglos um eine Minderheit, auch wenn Quantifizierungen auf Basis einer qualitativen Studie nicht im Detail möglich sind. Einige Wähler beschreiben eine tiefe Enttäuschung und Entfremdung von „der“ Politik. Eine solche Haltung findet sich vor allem, aber nicht nur, unter Wählern der AfD.

Die Bundestagswahl 2017 fiel mit ihrer gestiegenen Wahlbeteiligung aus dem Rahmen der letzten zwei Jahrzehnte. Dieser Zuwachs, so zeigen es die qualitativen Interviews, hängt eng mit der AfD zusammen, allerdings in zwei unterschiedlichen Weisen. Die AfD mobilisiert solche Wähler, die mit den anderen Parteien nicht einverstanden sind und entweder in der AfD ein Angebot für ihre Interessen sehen bzw. ohne weitere inhaltliche Kenntnisse zu sehen meinen oder die unabhängig von den Inhalten der AfD-Programmatik Protest ausdrücken wollen. Mobilisiert wurden allerdings auch solche Menschen, die in der AfD eine Gefahr für die Demokratie sehen und mit ihrer Stimme für eine der anderen Parteien einen Aufstieg der AfD verhindern oder zumindest beschränken wollten. Die politische Polarisierung, insbesondere durch das Thema Migration, mobilisiert sowohl Anhänger als auch Gegner der AfD und führt so zu einer höheren Wahlbeteiligung.

Um die Wahlbeteiligung zu erhalten, muss zunächst einmal die Auswahl von Briefwahl und Urnenwahl erhalten bleiben. Die Motive zur Wahl des einen oder anderen sind unterschiedlich, aber viele Wähler haben eine klare Begründung für ihre Entscheidung. Aus der Wahlbeteiligung lässt sich aber nicht ablesen, wie die Menschen zur Demokratie in Deutschland

stehen. Manche Nichtwähler sind durchaus zufrieden und haben am Funktionieren der Demokratie in Deutschland nichts auszusetzen. Andererseits sind manche Wähler mit der Demokratie in hohem Maße unzufrieden. Die Gleichsetzung von Nichtwahl mit Unzufriedenheit wäre ein Trugschluss.

Literatur

- B** Bohne, Maik, 2010: Nichtwähler in Deutschland – Analyse und Perspektiven. In: Zeitschrift für Politikberatung, Jg. 3, S. 253–265.
- C** Caballero, Claudio, 2014: Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 437–488.
- D** Decker, Frank, 2016: Sinkende Wahlbeteiligung. Interpretationen und mögliche Gegenmaßnahmen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40–42/2016, S. 30–35.
- E** Eilfort, Michael, 2001: Mobilisierung als Schicksalsfrage? Auch Nichtwähler entscheiden die Bundestagswahl 2002. In: Die politische Meinung, Nr. 383, S. 21–28.
- G** Goerres, Achim, 2010: Die soziale Norm der Wahlbeteiligung. Eine international vergleichende Analyse für Europa. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 51, S. 275–296.
- Güllner, Manfred, 2013: Nichtwähler in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- H** Hoffmann-Jaberg, Birgit und Dieter Roth, 1994: Die Nichtwähler. In: Wilhelm Bürklin und Dieter Roth (Hrsg.): Das Superwahljahr. Köln: Bund-Verlag, S. 132–159.
- I** Infratest dimap, 2017: WahlREPORT Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. Berlin: Infratest dimap.
- K** Kaeding, Michael, 2017: Für eine Wahlpflicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 38–39/2017, S. 25–28.
- Karp, Jeffrey A. und David Brockington, 2005: Social desirability and response validity. A comparative analysis of overreporting voter turnout in five countries. In: The Journal of Politics, Jg. 67, S. 825–840.
- Kleinhenz, Thomas, 1995: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- N** Neu, Viola, 2012: „Dann bleib ich mal weg“. Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler. Forum Empirische Sozialforschung. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- R** Rattinger, Hans und Jürgen Krämer, 1995: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Kausalanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 36, S. 267–285.
- S** Schäfer, Armin, 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Campus.

- 1 Siehe zum Beispiel Rattinger und Krämer (1995) und die Diskussion bei Goerres (2010).
- 2 Typen von Nichtwählern finden sich bei Hoffmann-Jaberg und Roth (1994) sowie bei Kleinhenz (1995).
- 3 Während in Deutschland Datenschutzbestimmungen den Vergleich von Antworten in einer Umfrage und tatsächlicher Wahlbeteiligung verhindern, ist eine solche Überprüfung in den USA möglich. Dort tendieren 20 bis 30 Prozent der Nichtwähler zur Angabe einer Wahlentscheidung in Umfragen (Caballero 2014: 444). Karp und Brockington (2005: 830) finden in Schweden, Norwegen, Großbritannien und Neuseeland ähnliche, zum Teil sogar noch höhere Anteile von Menschen, die eine Wahlteilnahme berichten, aber nicht an der Wahl teilgenommen haben.
- 4 Güllner (2013) vergleicht die politischen Einstellungen von Personen, die er nach der Häufigkeit einer Nichtwahl bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009 unterscheidet. Der Vergleich von sporadischen Nichtwählern und dauerhaften Nichtwählern ist im Prinzip hoch interessant. Allerdings ist die Grundlage dieser Einteilung die Erinnerung der Befragten, die sehr lange zurückreichen muss. Deshalb dürften die Ergebnisse mit erheblichen Fehlern belastet sein.
- 5 Die Interviews fanden vom 13. bis 21. November 2017 statt und wurden von pollytix strategic research durchgeführt.
- 6 Enthalten sind zudem 21 wahlberechtigte Personen mit Migrationshintergrund, davon 20 nach diesem Kriterium ausgewählt. Da diese Gruppe aber in ihren Antworten zu den untersuchten Aspekten nicht grundsätzlich von den anderen Befragten abweichen, sind sie hier nicht gesondert behandelt.
- 7 Siehe zum Beispiel Decker (2016) und Kaeding (2017).

Impressum

Der Autor

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer Stiftung e. V., Berlin, wechselte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PD Dr. Jochen Roose

Koordinator für Umfragen und Parteienforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3798
jochen.roose@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ISBN 978-3-95721-523-9



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© Stefan_Weis, fotolia